

Auch nach der Wahl:

CDU – Die Zukunft

Vor dem Deutschlandrat der Jungen Union hat Generalsekretär Heiner Geißler am 31. Januar 1987 einige grundsätzliche Ausführungen zur aktuellen Situation der Union nach der Bundestagswahl gemacht, die gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Parteifreunde von großem Interesse sein dürften. In seiner Schlußpassage sagte der Generalsekretär:

In einem Wahlkampf kann man keine programmatischen Neuentwicklungen produzieren, das muß vorher geschehen. Jetzt müssen wir uns auf das konzentrieren, was wir gemeinsam im Wahlprogramm der CDU und in unserem Zukunftsmanifest erarbeitet haben. Wir haben den Menschen versprochen, die Zukunft positiv zu gestalten. **Wir haben den Begriff Zukunft mit dem Namen der Christlich Demokratischen Union verbunden — dieser Anspruch muß nun auch eingelöst werden.** Diese Zukunft kann nach meiner festen Überzeugung nicht nur beschrieben werden mit dem wirtschaftlichen und materiellen Inhalt unserer Politik. Diese Inhalte sind zwar notwendig und ich sage das ausdrücklich: Wir müssen die Wachstumskräfte weiter fördern, wir brauchen technologische Spitzenprodukte, die Bundesrepublik Deutschland muß erstklassig bleiben, sonst können wir vor allem auch jungen Leuten keine vernünftige berufliche Perspektive bieten. Aber dies kann nicht alles sein — der Mensch lebt nicht vom Brot allein —, wir müssen vielmehr eine Welt beschreiben, in der die Menschen zwar materiell gesichert sind, sich aber auch geistig, kulturell, sozial wohl fühlen können — nicht nur einige wenige, sondern alle.

HEUTE AKTUELL

● Dokumentation

Wählt gute Betriebsräte — Anmerkungen zur Betriebs- und Personalratswahl 1987. Grüner Teil

● Erinnerung

Ludwig Erhard wäre am 4. Februar 90 Jahre alt geworden. Bundeskanzler Helmut Kohl sagte auf einer Festveranstaltung in Bonn: Das Erbe Ludwig Erhards ist eine Herausforderung an die Wirtschaftspolitik. Seite 3

● Bildung

Bundesministerin Dorothee Wilms zur sozialen Lage der Studenten: Sie hat sich gefestigt. Seite 5

● Sozialausschüsse

Erklärung des CDA-Bundesvorstandes und Redeauszug von Norbert Blüm bei der Bundeskonferenz in Recklinghausen. Seiten 9—12

● Mittelstand

Für die Mittelstandsvereinigung hat die Senkung des Spitzensteuersatzes keine Priorität. Gerhard Zeitel erläuterte in Bonn die Forderungen der Mittelständler. Seite 13

Wir dürfen nicht als diejenigen erscheinen, deren politische Konzeption eine Gesellschaft ist, in der die Mehrheit zwar gut lebt, sich aber um Minderheiten nicht kümmert. Die Union ist für alle da, und das bedeutet, daß wir zum Beispiel die Neue Soziale Frage nicht vernachlässigen dürfen. **Die Neue Soziale Frage ist ein Entwurf der Christlich Demokratischen Union, der nach wie vor aktuell ist.** Wir sind die einzige wirkliche Volkspartei, und eben auch für diejenigen da, deren Interessen nur schwer organisierbar sind und die sich selber nicht helfen können: Das betrifft das ungeborene Kind ebenso wie die alten Frauen, die sich in ihrer verschämten Armut genieren, Sozialhilfe zu beantragen — um einmal einen weiten Bogen zu spannen.

Zu dieser Zukunftsperspektive, die wir nicht nur theoretisch erarbeiten müssen, sondern die wir auch praktisch realisieren wollen — natürlich auch in konkreten Entscheidungen innerhalb der Verhandlungen mit den Koalitionspartnern —, gehört auch ein Bereich, bei dem die Union zumindest auf der Bundesebene Defizite hat. Wir haben im Zukunftsmanifest der CDU ein Kapitel geschrieben mit dem Thema: Wir wollen eine farbige pluralistische Kulturgesellschaft. Ich halte dies für ganz wichtig. Die Unionsparteien, die ja auf der kommunalen Ebene, in München, Berlin, Stuttgart, durchaus eine positive kulturelle Ausstrahlung besitzen, müssen auch auf der nationalen Ebene als Parteien erscheinen, die für Wettbewerb in der Kultur, für pluralistische geistige Auseinandersetzung und kulturelle Entwicklungen aufgeschlossen sind. Wir müssen interessant werden für Schriftsteller, Künstler, für alle, die mit Kunst und Kultur zu tun haben, für diejenigen, die sich heute eher abwenden, wenn der Name CDU oder CSU fällt. **Die Union muß wieder Ansprechpartner werden im kulturellen Bereich.**

Ob wir dies erreichen, hängt auch davon ab, wie wir andere Themen behandeln. Ich will einmal die wichtigsten Themen aufzählen: Im Vordergrund steht gegenwärtig die Steuerreform. Gleichzeitig müssen wir in der kommenden Legislaturperiode in einer großen nationalen Anstrengung wirtschaftliches Wachstum vereinbar machen mit der Erhaltung unserer natürlichen, unserer kulturellen und sozialen Umwelt. Wir brauchen keinen alternativen Radikalismus, aber wir müssen bei den Themen Naturschutz und Umweltschutz nicht nur in der Gesetzgebung richtig entscheiden, sondern auch an Glaubwürdigkeit gewinnen. Ich will einen konkreten Punkt ansprechen: Die Umweltpolitik der Union, so wie wir sie in den letzten 4 Jahren begonnen haben, war gut. **Wir haben überhaupt erst einmal angefangen mit einer effizienten Umweltpolitik auf nationaler Ebene.** Wir haben jetzt ein 17-Punkte-Programm, in dem wir weitere moderne Maßnahmen vorschlagen. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß die Hauptdiskussion in der Öffentlichkeit sich zwar auch um diese einzelnen Fragen drehen wird, aber auch um eine Frage, die möglicherweise für den Umweltschutz überhaupt nichts bringt, die aber eine Signalwirkung für die Glaubwürdigkeit hat: Ob wir nämlich den Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung hineinschreiben. Wenn alle Parteien, im Grunde genommen die ganze Republik, der Auffassung sind, der Umweltschutz gehöre ins Grundgesetz und die Union ist dann die einzige Partei, die dagegen ist — oder sie läßt sich nach einem endlosen Diskussionsprozeß eine solche Sache abtrotzen — dann haben wir, was die Glaubwürdigkeit unserer Umweltschutzpolitik angeht, einen Fehler gemacht. Ich bin der Meinung, daß wir diese Diskussion aufgreifen müssen, und sie hat innerhalb der CDU auch bereits begonnen. Das muß auch deswe-

Helmut Kohl:

Das Erbe Ludwig Erhards ist eine Herausforderung an die Wirtschaftspolitik

Bundeskanzler Helmut Kohl gab am 4. Februar 1987 aus Anlaß des 90. Geburtstages von Ludwig Erhard auf einer Festveranstaltung in Bonn folgende Erklärung ab:

Ludwig Erhard war der bedeutendste Wirtschaftspolitiker der jüngeren deutschen Geschichte. Und er war zugleich ein unbeugsamer Kämpfer für die Freiheit des einzelnen und für eine Gesellschaftsordnung mit menschlichem Gesicht. Hier lag für Ludwig Erhard der Kern der Sozialen Marktwirtschaft.

Zu seinen Maximen gehörte, daß die Wirtschaft nicht zum Selbstzweck werden darf, sondern den Menschen zu dienen

gen sein, weil die Freien Demokraten ganz sicher mit einem solchen Vorschlag in die Koalitionsverhandlungen hineingehen werden.

Wir brauchen Signale, wir brauchen Aussagen, Grundentscheidungen, aus denen hervorgeht, daß wir mit den Zukunftsthemen ernst machen, daß wir hier glaubwürdig bleiben wollen. Wir haben eine Reihe von anderen Punkten, wo dies genauso ist, zum Beispiel in der Rentenpolitik, in der Familienpolitik, in der Frauenpolitik. Wir müssen hier innerhalb der Union vorankommen und in dieser Legislaturperiode die Hauptaussage dieses Wahlkampfes einhalten: Die Union ist die Partei der Zukunft.

hat. Es ging ihm entscheidend darum, „den Menschen wieder in den Mittelpunkt aller Geschehnisse“ zu stellen.

Der wichtigste Anstoß für diese Überzeugung war für Ludwig Erhard zweifellos die Erfahrung der Diktatur des Nationalsozialismus und seine Verbindung mit denen, die aktiven Widerstand gegen das national-sozialistische Regime leisteten. So hat er Carl Goerdeler kurz vor dem 20. Juli 1944 eine umfangreiche Studie mit seinen Vorschlägen für eine Lösung der dringendsten ökonomischen Nachkriegsprobleme vorgelegt.

Diese aus dem Erlebnis der Unfreiheit im totalitären Staat kommenden Gedanken drängten Erhard nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zu politischem Handeln. Erhard hatte den Mut, angesichts schwierigster Verhältnisse nicht nur dringende Nothilfe zu organisieren, sondern von Anfang an das Übel an der Wurzel zu packen, indem er eine langfristige Ordnungsperspektive entwarf und diese mit Tatkraft verwirklichte.

Mit der Sozialen Marktwirtschaft gab Ludwig Erhard der Wirtschaft unseres Landes einen Ordnungsrahmen, der Stabilität und Wohlstand verbürgt. Zusammen mit Konrad Adenauer hat er die entscheidenden Weichen gestellt, um den Menschen ihre Entfaltung in Freiheit und Solidarität zu ermöglichen.

Die von mir geführte Bundesregierung und insbesondere die Unionsparteien empfinden die Wegweisungen Ludwig

Erhards als prägend auch für die heutige Wirtschaftspolitik. Es geht darum, die Soziale Marktwirtschaft im Geiste Ludwig Erhards zu stärken und lebendig zu erhalten.

Auf diesem Weg haben wir in der letzten Legislaturperiode greifbare Fortschritte erzielt. Wir haben begonnen, die Bürde staatlicher Bevormundung abzubauen. Auch in den nächsten Jahren werden wir diese Politik fortsetzen.

Dabei kommt es vor allem darauf an, den Freiraum für persönliche Initiative und eigenverantwortliches Handeln so zu gestalten und zu erweitern, daß die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft für möglichst viele Bürger eine persönliche Erfahrung werden.

Hinzu kommen muß, daß wir uns auf das „ganzheitliche Denken“ in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen zurückbesinnen, das für Ludwig Erhard eine zentrale Rolle spielte. Denn Wirtschafts- und Finanzpolitik, Steuer- und Sozialpolitik, Familien- und Arbeitsmarktpolitik — all dies sind keine getrennten Veranstaltungen mit getrennter Kontenführung. Sie hängen vielmehr in ihrem Erfolg entscheidend voneinander ab. Nur mit einer gesunden und leistungsfähigen Wirtschaft sind wir in der Lage, denen zu helfen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind.

Und noch etwas gehört zum Erbe Ludwig Erhards: In den Aufbaujahren unseres Landes ist es ihm gelungen, angesichts schwierigster Verhältnisse eine Atmosphäre der Ermutigung, der Zuversicht und des Selbstvertrauens zu schaffen — eine Atmosphäre, in der sich die schöpferischen Kräfte frei entfalten konnten.

Von diesen schöpferischen Kräften hängt die Gestaltung unserer Zukunft ab. Damals wie heute.

Landwirte wurden erheblich entlastet

Die den Landwirten als Ausgleich für ihre angespannte Einkommenssituation gewährten Zuschüsse zu ihrer Sozialversicherung wurden 1986 in hohem Umfang in Anspruch genommen. Die landwirtschaftlichen Alterskassen zählten bis zum 31. Dezember 1986 356 000 Anträge. Etwa die Hälfte aller Anträge wurde bereits bewilligt.

Durch das dritte Agrarsoziale Ergänzungsgesetz, das zum 1. Januar 1986 in Kraft trat, werden den Landwirten Beitragszuschüsse zur landwirtschaftlichen Alterskasse gewährt. Weitere Beitragszuschüsse auch zur Krankenversicherung der aktiven Landwirte sieht das erst zum 21. Juli vergangenen Jahres in Kraft getretene Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz (SVBEG) für die Beitragsbelastung des gesamten Jahres vor.

Über beide gesetzliche Regelungen erhielten die Bauern im Kalenderjahr 1986 Beitragsentlastungen in Höhe von 365 Mill. DM gutgeschrieben.

Hohe Arbeitsbelastung beim Bundesgerichtshof

Die Zahl der beim Bundesgerichtshof (BGH) eingebrachten Verfahren ist nach Auffassung des BGH-Präsidenten Prof. Gerd Pfeiffer „seit langem erdrückend“. Pfeiffer sagte in Karlsruhe, die Belastung der elf Zivilsenate, fünf Strafsenate und acht Spezialsenate des Gerichts habe inzwischen einen solchen Grad erreicht, daß jede weitere Zunahme, mit der zu rechnen sei, notwendigerweise einen Qualitätsverlust zur Folge haben müsse. Auch die Arbeitsbelastung der Richter in den BGH-Strafsenaten sei „nach wie vor entschieden zu groß“. Sie habe sich seit 1965 um rund 30 Prozent erhöht.

Die soziale Lage der Studenten hat sich gefestigt

Entgegen den Behauptungen der Sozialdemokraten über die angeblich verschlechterte soziale Lage der Studenten gibt die 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks einen tatsächlichen Aufschluß über die Situation der Studenten. Die auf einer repräsentativen Befragung vom Sommer 1985 beruhenden Auswertung bestätigt nach Ansicht von Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms, voll und ganz die Politik der Bundesregierung:

1. Die finanzielle Basis des BAföG konnte wieder gesichert werden.
2. Die Leistungen sind erstmals real gestiegen.
3. Die Förderung kommt den Studenten zugute, die darauf angewiesen sind.

Im einzelnen zeigt die Studie folgende Ergebnisse:

— Nahezu drei Viertel der Studenten sind mit ihrer wirtschaftlichen Situation zufrieden.

72 % der Befragten erklärten, daß sie ohne nennenswerte Einschränkungen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auskommen. Zwischen der Studienzufriedenheit und der Art und Höhe der Studienfinanzierung besteht kaum ein Zusammenhang.

Kritisiert werden die äußeren Bedingungen des Studiums wie Lehr- und Lernformen, der Kontakt zu den Dozenten sowie die räumliche und sachliche Ausstattung der Fachbereiche.

BAföG kommt den Arbeiterkindern zugute

Während der Anteil der Arbeiterkinder an den Studierenden insgesamt nach die-

ser Erhebung 1985 in gleicher Höhe lag wie 1982, nämlich bei 18 %, sank der Anteil der Arbeiterkinder an den geförderten Studenten von 20,8 % im Jahre 1982 auf 20,3 % im Jahre 1985.

Diese Veränderungen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, daß der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen insgesamt seit Jahren zurückgeht: Die Zahl der männlichen Arbeiter über 35 Jahre sank von 1980 bis 1985 um 10 %. Daher gibt es auch weniger Arbeiterkinder.

Fazit: Wenn gleichwohl der Anteil der Studenten mit Arbeitervätern (DSW-Erhebung) und auch der geförderten Studenten (BAföG-Statistik) praktisch gleich bleibt bzw. nur geringfügig sinkt, bedeutet dies im Grunde eine Ausweitung des Anteils der Arbeiterkinder unter Studenten und Geförderten.

Mehr Vollförderung, weniger Teilförderung

Der Anteil der nach dem BAföG geförderten Studenten an der Gesamtzahl der Förderungsberechtigten ist im Jahre 1985 mit rd. 32,2 v. H. gegenüber dem Vorjahr nur noch um 1,5 Prozentpunkte gesunken. In den Jahren 1981 bis 1983 fiel der Rückgang der Gefördertenquote wesentlich stärker aus, sie sank von rd. 45,2 v. H. auf rd. 37,7 v. H. Für diese Entwicklung gibt es eine Reihe unterschiedlicher Gründe:

a) In den vier Jahren seit 1982 sind die Einkommen nominal und real erheblich gestiegen. Dies führt bei den Sozialleistungen folgerichtig zu einem Rückgang der Zahl der zu Fördernden, da die Eltern mehr Geld für den Unterhalt ihrer Kinder aufwenden können.

b) Schon die frühere Bundesregierung hatte 1981 gewisse Begrenzungen des BAföG beschlossen; z. B. wurden steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für an sich gut verdienende Gruppen ausgeschlossen und damit „Mitnahme“- und Mißbrauchsfälle verhindert.

c) Geringe Förderungsbeträge werden relativ weniger in Anspruch genommen: In den vergangenen Jahren ist eine deutliche Verschiebung des Schwerpunkts der Förderung in Richtung Vollförderung bzw. hohe Teilförderung festzustellen. Da geringere Förderungsbeträge schon seit 1974 als Darlehen gewährt wurden, kann die allgemeine Umstellung auf Darlehen nicht zur Begründung der geringeren Inanspruchnahme herangezogen werden.

Wer zur Finanzierung seines Studiums jedoch vor allem auf BAföG-Förderung angewiesen ist, nimmt, wie der steigende Anteil der Vollgeförderten zeigt, die Leistungen auch in Anspruch. Das BAföG erfüllt damit weiterhin seine Aufgabe, gerade Studierenden aus einkommensschwächeren Familien ein Studium zu ermöglichen.

Fazit: Leitgedanke bei der Weiterentwicklung des BAföG war stets der Grundsatz der Subsidiarität der staatlichen Leistungen. Es kann nicht Ziel einer sinnvollen Förderpolitik sein, trotz steigendem realen Lebensstandard gleichwohl eine bestimmte Förderquote beizubehalten.

BAföG-Leistungen sind seit 1983 real gestiegen

Erstmals seit 1983 konnten reale finanzielle Verbesserungen durchgesetzt werden: Während der Preisindex für den Zwei-Personen-Haushalt um 4,9% stieg, stieg der Bedarfssatz um 7,6% (von 660 auf 710 DM). Bei den Freibeträgen lag die reale Steigerung noch höher: Hier stieg der Preisindex für den Vier-Personen-Haushalt eines Arbeitnehmers mit

mittlerem Einkommen um 4,5%, die Freibeträge wurden aber um 10,5% erhöht (von 1 530 auf 1 690 DM).

Fazit: Bis 1983 blieb der Anstieg der Bedarfssätze unter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei den Freibeträgen gab es eine annähernd gleiche Entwicklung. Von 1983 bis 1987 steigen Bedarfssätze und Freibeträge deutlich stärker an als die Lebenshaltungskosten. Die Kaufkraft der BAföG-Leistungen hat sich damit seit 1983 real deutlich verbessert.

Volldarlehen ist sozial

Die Umstellung auf Volldarlehen ab Herbst 1983 war der Abschluß einer Entwicklung, die bereits 1974 mit der Einführung von Grund- und Zusatzdarlehen eingeleitet worden war. Die Umstellung war richtig, um das System der Ausbildungsförderung auf Dauer finanzierbar zu halten und zu sichern. Dies ist gelungen. Dieser Erfolg muß gesichert bleiben, darum ist an der Darlehensförderung festzuhalten.

Die Umstellung ist auch sozial vertretbar: Dem Akademiker, der mit staatlichen Geldern in aller Regel eine wirtschaftlich günstige Lebensposition erreicht hat, ist es zuzumuten, die ihm gewährte Förderung zurückzuzahlen. **Es ist sozial nicht gerechtfertigt, daß diejenigen, die nicht studiert haben, letztlich denjenigen, die eine Chance zum Studium erhalten, die Ausbildung mitfinanzieren, während z. B. der Geselle, der sich zum Meister qualifizieren will, seine Ausbildung durch Darlehen selbst bezahlen muß. Die individuellen Kosten der Ausbildung sind vielmehr von denen zu tragen, die später von dieser Ausbildung auch einen Nutzen haben.**

Es muß auch gesehen werden, daß die Rückzahlungsbedingungen die jeweilige wirtschaftliche und familiäre Situation berücksichtigen; sie sind so sozial ausgestaltet, daß kein Geförderter befürchten muß, durch die spätere Rückzahlung in

wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten.

Keine abschreckende Wirkung der Darlehen

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß die Umstellung der Förderungsleistungen auf Darlehen die Aufnahme eines Studiums oder die Inanspruchnahme der Förderungsleistungen erkennbar beeinflußt hat.

Dies gilt auch für das Studienverhalten von Frauen. Der Anteil weiblicher Studenten an der Gesamtzahl aller Studenten betrug 1985 rd. 37%, der Anteil geförderter weiblicher Studenten rd. 37,2%. Daraus ergibt sich, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse von Studentinnen denen ihrer männlichen Kollegen vergleichbar sind.

Der Anteil der Frauen an den Studienanfängern ist unverändert geblieben, obwohl das traditionell von Frauen bevorzugte Lehramtsstudium wegen der geringen Beschäftigungschancen immer seltener gewählt wird. Statt dessen haben sich die Frauen stärker in geistes- und gesellschaftswissenschaftliche, aber zunehmend auch in naturwissenschaftlich-technische Fächer umorientiert.

Fazit: Die amtlichen Statistiken des Statistischen Bundesamtes zur Hochschulausbildung und zur Bundesausbildungsförderung weisen grundsätzlich darauf hin, daß Frauen nicht auf ein Studium verzichten, vielmehr die Förderung nach dem BAföG in vergleichbarer Weise, wie dies bei den männlichen Studenten der Fall ist, in Anspruch nehmen.

Verbesserung der Ausbildungsförderung bei Auslandsstudien

Die Auslandsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wurde 1986 wesentlich verbessert:

■ Bei einem Studium außerhalb Europas erhalten die Geförderten jetzt zusätzlich

Auslandszuschläge und Ersatz der notwendigen Studiengebühren und Reisekosten.

■ Praktika können jetzt generell im Ausland gefördert werden, wenn die Anforderungen der Prüfungsordnung erfüllt sind.

■ Die zusätzliche Auslandsförderung wird seit 1985 in voller Höhe als Zuschuß geleistet.

Fazit: Die Verbesserung der Auslandsförderung außerhalb Europas hat nach den Beobachtungen der Länder das Interesse an Auslandsstudien und -praktika für diesen Bereich stark belebt: Die Bewilligungen sind bereits 1986 um mehr als 50 v. H. gestiegen. 1987 dürfte etwa eine Verdoppelung der Förderung für Ausbildungen außerhalb Europas erreicht werden.

Ausblick

Familien im mittleren Einkommensbereich (Bruttajahreseinkommen 40 000 bis 60 000 DM, bei Mehrkinderfamilien entsprechend höher) können — insbesondere wenn sich mehrere Kinder gleichzeitig in einer Berufsausbildung, etwa einem Hochschulstudium befinden — die Ausbildung nur finanzieren, wenn sie ihren Lebensstandard ganz entscheidend mindern. Um hier zu Verbesserungen zu kommen, prüft die Bundesregierung Modelle, um subsidiär staatliche Rahmenbedingungen zur Selbsthilfe zu schaffen (z. B. zur Inanspruchnahme von Darlehen). Die Bundesregierung wird dem Deutschen Bundestag dazu bis Mai 1987 berichten.

Zitat

Das Fernsehen ist nicht zu wortlastig, es ist zu meinungslastig.

Peter von Zahn, Altmeister der Rundfunk- und Fernsehreportage

Wallmann zu Alkem: Totale Unterwerfung der SPD

Bundesumweltminister Walter Wallmann hat die hessische Landesregierung aufgefordert, bis spätestens 28. Februar ihre Haltung zum atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für die umstrittene Hanauer Atomfabrik Alkem darzulegen. Falls die Landesregierung beim Nein bleibt, will Wallmann unmittelbar nach dieser Frist dem zuständigen Wirtschaftsminister Steger Weisung für eine Betriebsgenehmigung erteilen.

Der Umweltminister, der als CDU-Spitzenkandidat in die hessische Landtagswahl in diesem Herbst geht, warf der Landesregierung in Wiesbaden bei einer tatsächlichen Genehmigungsverweigerung einen „eindeutigen Rechtsverstoß“ vor. Die SPD habe eine „totale Unterwerfung“ unter die Forderungen der Grünen vollzogen. Mit dem Zeitpunkt der Erklärung hat die SPD aus der Sicht Wallmanns den Tag der Bundestagswahl verstreichen lassen, um die Arbeitnehmer in Hanau nicht zu beunruhigen.

Hamburg unterläuft den Extremistenbeschluß

Zu der Entscheidung der Hamburger Schulbehörde, drei Lehrer in der Hansestadt in das Beamtenverhältnis zu übernehmen, die wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP zehn Jahre lang auf ihre Ernennung gewartet hatten, und den Extremistenbeschluß der Ministerpräsidenten von 1972 nicht mehr anzuwenden, erklärt der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, **Karl Miltner**, damit betreibe die SPD „Anbiederung an die Grünen, um für sie hoffähig zu werden“. Ohne Rücksicht auf zwingendes Verfassungs- und Beamtenrecht öffne die SPD den demokratischen Rechtsstaat der „Un-

terwanderung durch politische Extremisten von links und rechts“. Dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der den Extremistenbeschluß in einem Beitrag für den „Vorwärts“ als Irrweg bezeichnet hat, warf Karl Miltner „Blindheit oder aber hemmungslosen Opportunismus“ vor.

Geißler begrüßt Schritt zur Festigung der Demokratie

Generalsekretär Heiner Geißler hat die Annahme der neuen Verfassung in einer Volksabstimmung als wichtigen Schritt zur Festigung der Demokratie auf den Philippinen begrüßt. Präsidentin Curazon Aquino, der es zuvor bereits gelungen sei, mehrere Putschversuche leerlaufen zu lassen, habe das Renommee ihres Landes im Ausland verbessern können. Zur Sicherung der Demokratie auf den Philippinen müßten nun weitere Schritte folgen: Die Landreform müsse „endlich in Gang kommen“, soziale Ungerechtigkeiten müßten beseitigt werden. Für Frau Aquino und ihre Mannschaft bleibe viel zu tun. „Sie haben die Chance, auch weiterhin zu beweisen, daß notwendigerweise sozialer Wandel und die Herstellung demokratischer Verhältnisse auch ohne blutige Revolution möglich werden“, sagte Geißler.

Deutsche Raumfahrt- agentur gefordert

Als „unumgänglich“ hat der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, **Christian Lenzer**, die Einrichtung einer deutschen Raumfahrtagentur gefordert. Wenn die Bundesrepublik sich mit großem Elan in Weltraumforschung und -technik engagieren wolle, sei eine schlagkräftige Organisation notwendig, erklärte er unter Hinweis auf ähnliche Raumfahrtagenturen in Großbritannien und Frankreich.

Norbert Blüm:

In einer rot-grünen Zukunft werden die klassischen Arbeitnehmer heimatlos

Auf der CDA-Betriebs- und Personalrätekonferenz in Recklinghausen erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm u. a.: Die Arbeitnehmerschaft hat der CDU die Treue gehalten. Die Verluste in den Metallstädten an der Saar sind geringer als anderswo. In Wolfsburg und Ingolstadt blieben die Unionsparteien Sieger, und in der klassischen Metaller-Hochburg Rüsselsheim gewann unser Kollege Otto Zink und verlor die IG Metall.

Ausgerechnet in Rüsselsheim veranstaltete der erste Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, gegen das IG-Metall-Mitglied Otto Zink eine SPD-Wahlversammlung. Der Vorsitzende der IG Metall hatte offenbar nichts Besseres zu tun, als gegen Otto Zink, einen der drei Abgeordneten, die noch für die Montan-Mitbestimmung im Deutschen Bundestag kämpften, als von der SPD nichts mehr zu sehen war, SPD-Wahlkampf zu führen. So hat Steinkühler mit der SPD verloren. Das ist derselbe Franz Steinkühler, der auf dem letzten IG-Metall-Kongreß den denkwürdigen Beschluß herbeiführte, wonach in der Einheitsgewerkschaft parteipolitische und konfessionelle Bindungen hintangestellt werden müssen. Gemessen an der Beschlußlage seiner Gewerkschaft, ist er jetzt der erste Spalter der Einheitsgewerkschaft.

Ich will festhalten, daß uns auch die älteren Mitbürger die Treue gehalten haben. Das Duisburger Amt für Statistik hat festgestellt:

„Daß die Verluste der Union sich insgesamt in Grenzen hielten (minus 4,5 Prozent im Bund), verdankt sie vor allem den älteren Wählern, bei denen sie ihren hohen Stimmenanteil im Vergleich zu 1983 sogar noch steigern konnte. Bei den jungen Wählern in den städtischen Ballungsräumen lagen die Verluste für die Union bei 5,2 Prozent.

Die SPD verlor am stärksten bei den über 60jährigen (minus 3 Prozent).“

Der Stamplatz der CDU ist die Mitte, dort sind wir zu Hause. So wie die SPD bei ihrem Marsch nach links ihr Arbeitnehmergehicht verlieren wird, so käme unsere Identität in Gefahr, wenn wir nach rechts um jeden Preis integrieren wollten.

Neue Chancen wachsen für uns in der Arbeitnehmerschaft, wenn die SPD die Mitte verläßt. Vielleicht war Johannes Rau der letzte Kandidat einer Mittel-links-SPD, und sein Rückzug wirkt auf mich wie ein Räumungsverkauf der Mitte. In einer rot-grünen Zukunft werden die klassischen Arbeitnehmer heimatlos. Eine industriefeindliche Politik ist Aufstieg aus der großen Arbeitertradition der SPD. Die CDU muß um die Heimatlosen werben, und zwar werben durch eine Politik der Mitte.

Zur Montan-Mitbestimmung sagte Blüm u. a.: „Die Montan-Mitbestimmung ist Urgestein unseres Sozialstaates. Ihre Wurzeln reichen in eine Zeit zurück, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam Trümmer beseitigten, Demonta-

ge abwehrten und jenen Wiederaufbau durch Partnerschaft möglich gemacht haben, der uns das Wirtschaftswunder beschert hat. So wie die Montan-Mitbestimmung in schweren Zeiten die Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zum Ausdruck gebracht hat, so muß sie auch heute das Signal für Kooperation und die Fahne gegen Klassenkampf sein. Es geht bei der Sicherung der Montan-Mitbestimmung um nur vier Unternehmen, und wenn die Schaffung der Montan-Mitbestimmung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam möglich war, dann sollte ihre Erhaltung auch heute möglich sein.

Unsere Solidaritätspflicht Nr. 1 gehört den Arbeitslosen. Arbeit ist Solidarität und Arbeitslosigkeit Aussperrung aus der Solidarität. Bei über 2 Mio. Arbeitslosen kann es keine Beruhigung über dieses Thema geben. Investieren heißt das Gebot der Stunde. Investieren nicht nur in den großen Unternehmen. Die Mehrzahl der Arbeitnehmer arbeitet in kleinen und mittleren Unternehmen. Deshalb: Die Investitions-Möglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen müssen verbessert werden. Wir leben nicht in einer gesättigten Wirtschaft. Es gibt noch viele Bedürfnisse.

Im Umweltschutz liegen neue Investitionsnotwendigkeiten. Tausende von Arbeitsplätzen könnten auf diese Weise neu geschaffen werden, und manche Umwelt-sünde könnte leichter vergeben und vergessen werden, wenn die Sünder durch tätige Investitionen Buße leisten würden. Welche Erleichterung ginge durch unser Land, wenn die chemische Industrie in einem Jahr auf alle Dividende verzichten und das Geld für umweltschützende Investitionen einsetzen würde.

Unsere Solidarität gehört den behinderten Arbeitslosen. Bei der Einstellung von Behinderten muß der Staat mit gutem

Zitat

Die CDU/CSU hat ihr Ziel erreicht, aber ihre Erwartungen verfehlt. Bei der SPD ist es umgekehrt. Sie hat ihr Ziel verfehlt, aber ihre Erwartungen erreicht. Mir ist es lieber, daß wir unser Ziel erreicht und die Erwartungen verfehlt haben als umgekehrt.

Norbert Blüm zum Wahlergebnis

Beispiel vorangehen. Nur zwei von elf Ländern erfüllen ihre Beschäftigungspflicht-Quote.

Solidarität mit den Rentnern heißt: Unsere gute alte Rentenversicherung erhalten und weiter entwickeln. Grundrente gibt es mit uns nicht. Wir bleiben bei der lohn- und leistungsbezogenen Rente. Alt und jung und der Staat müssen sich an der Erhaltung unseres Rentensystems beteiligen. Den Ausfall durch Geburtenrückgang können die Beitragszahler nicht allein ausgleichen, und der Ausgleich kann auch nicht allein den Rentnern zugemutet werden. Beide und der Staat als Dritter müssen sich beteiligen. Wir brauchen einen höheren Bundeszuschuß.

CDU-Schals wärmten Journalisten

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler zeigte ein Herz für frierende Journalisten. Vor einem Presse-Zelt am Eingang des Kanzleramtes, das Bundeskanzler Helmut Kohl fürsorglich für die Journalisten aufstellen ließ, verteilte er schwarz-rot-goldene CDU-Schals. Foto- und Zeitungsreporter sowie Kameralente sollen durch die voraussichtlich langwierigen Koalitionsverhandlungen möglichst keine kältebedingten Gesundheitsschäden erleiden.

6-Punkte-Erklärung des CDA-Bundesvorstandes

Auf der Bundeskonferenz der Sozialausschüsse in Recklinghausen am 31. 1. 1987 gab der CDA-Bundesvorstand folgende Erklärung ab:

Bei der Bundestagswahl haben wir unser wichtigstes Ziel erreicht: Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler. Diese Wahl ist ein eindeutiger Auftrag an die Union für eine Politik der Mitte. Ohne Zustimmung aus der Arbeitnehmerschaft wären die ohnehin herben Verluste der Union noch größer geworden. Die CDA verlangt von der Union deutliche Signale einer arbeitnehmerorientierten Politik. Die Nagelproben darauf sind:

- Die Sicherung der Montan-Mitbestimmung. Das stärkt die soziale Partnerschaft.
- Die Ablehnung einer Senkung des Spitzensteuersatzes. Das entspricht dem Gerechtigkeitsempfinden breiter Bevölkerungsschichten.

Im Blick auf die anstehenden Landtagswahlen, aber auch darüber hinaus, ist die Union nur als soziale Volkspartei der politischen Mitte mehrheitsfähig. Um die großen Reformwerke in dieser Legislaturperiode zu verwirklichen, muß die Union neben einer Mehrheit im Bundestag auch ihre Mehrheit im Bundesrat behalten. Für die anstehenden Koalitionsverhandlungen fordert die CDA:

1. Unsere größte Sorge gilt den Arbeitslosen. Zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fordern wir die Verstärkung der Investitionen auch im öffentlichen Bereich, weitere Arbeitszeitverkürzungen, die Fortsetzung

der aktiven Arbeitsmarktpolitik und die Verlängerung und Verbesserung des Vorruhestandsgesetzes. Die Tarifpartner werden aufgefordert, auch für den öffentlichen Dienst eine Vorruhestandsregelung abzuschließen. Die Überschüsse bei der Bundesanstalt für Arbeit müssen für eine weitere Verlängerung des Arbeitslosengeldes und für zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen verwendet werden.

2. Die Strukturreform in der Rentenversicherung muß das bewährte, lohn- und beitragsbezogene Rentensystem dauerhaft festigen. Neben Beitragszahlern und Rentnern muß sich der Staat an dieser Aufgabe finanziell beteiligen. Deshalb muß der Bundeszuschuß angehoben werden und künftig mit dem Anstieg der Rentenausgaben wachsen. Die CDA lehnt alle Grundrentenmodelle ab. Wir wollen mehr Wahlfreiheit für den einzelnen beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente.

3. Wir fordern die Sicherung der Montan-Mitbestimmung in den Unternehmen, wo sie aufgrund einer gesetzlichen Regelung, die die SPD zu verantworten hat, auslaufen soll. Bei den anstehenden Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes muß auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Einführung und beim Einsatz neuer Techniken erweitert werden.

4. Ziel der Steuerreform muß eine gezielte Entlastung der unteren und mittleren Einkommen sein. Die CDA lehnt eine Senkung des Spitzensteuersatzes ab. Das Verteilungsvolumen der Steuerreform muß so bemessen werden, daß andere staatliche Aufgaben, insbesondere die

dringend notwendige Anhebung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, sichergestellt ist.

5. Unser Gesundheitssystem muß auch zukünftig bei Bedarf allen Bürgern, unabhängig vom Einkommen, zur Verfügung stehen. Die Verhinderung von Krankheiten und die Gesundheitserziehung müssen in der Gesundheitspolitik in Zukunft mehr Gewicht bekommen. Die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen müssen an ihren Wurzeln bekämpft werden.

Die Ausdehnung von Selbstbeteiligungsregelungen, die sozial- oder gesundheitspolitisch problematisch sind, wird abgelehnt. Eine Wiedereinführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung wird es mit den Sozialausschüssen nicht geben.

6. Um Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Tarifverträge noch attraktiver zu machen, müssen die Einkommensgrenzen nach dem Vermögensbildungsgesetz deutlich angehoben werden.

Spitzengespräch zwischen DGB und Arbeitgebern stimmt hoffnungsvoll

Gewerkschaften und Arbeitgeber haben nach einem ersten Spitzengespräch zwischen Ernst Breit und Klaus Murmann die Bundesregierung gemeinsam aufgefordert, den jährlichen Bundeszuschuß für die Rentenversicherung Anfang der neunziger Jahre um mindestens fünf Milliarden Mark zu erhöhen.

In einer am 30. Januar in Düsseldorf veröffentlichten gemeinsamen Erklärung appellierten die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der DGB — nach telefonischer Abstimmung mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — an die Bonner Koalition, den Zuschuß des Bundes von derzeit 17,7 Prozent auf „mindestens ein Fünftel der Rentenausgaben“ anzuheben. Außerdem müsse der Bundeszuschuß „künftig fortgeschrieben werden“, heißt es in dem Papier weiter.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) nannte die gemeinsame Erklärung von Gewerkschaften und Arbeitgebern ei-

nen „hoffnungsvollen Beitrag zum rentenpolitischen Konsens“. Damit bestehe die Chance, die notwendige Reform der Rentenversicherung in einer großen gemeinsamen Anstrengung zu verwirklichen. Er sei zuversichtlich, daß die Alterssicherung aus dem politischen Streit herausgehalten werden könne.

Die Erklärung beweise, daß die Bundesregierung und die Sozialpartner in dieser Frage dieselben politischen Ziele verfolgten, meinte Blüm weiter. Diese seien die Sicherung der lohn- und leistungsbezogenen Rente, die Ablehnung der Grundrente, die ausgewogene Verteilung der Lasten auf Beitragszahler, Rentner und Bund sowie der Gleichklang der Entwicklung von verfügbarem Arbeitnehmereinkommen und Renten.

Das nächste Thema zwischen den Tarifpartnern wird die Krankenversicherung bilden. So verabredeten Breit und Murmann eine Arbeitsgruppe, die Vorschläge für weitere gemeinsame Erörterung auf Spitzenebene erarbeiten soll.

Mittelstandsvereinigung

Absenkung des Spitzensteuersatzes hat keine Priorität

Zu den Hauptanliegen der Mittelstandspolitik in der 11. Legislaturperiode erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Gerhard Zeitel, auf einer Pressekonferenz in Bonn u. a.: Das Wahlergebnis für die Union zeigt, daß gerade im Bereich des Mittelstandes Wahlenthaltung geübt wurde, weil die glänzenden wirtschaftlichen Daten leicht darüber hinwegtäuschen, daß die Situation in weiten mittelständischen Bereichen längst nicht so gut ist. Vor allem Teile des Handwerks, Handels und der Landwirtschaft sind mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zufrieden.

In der 11. Legislaturperiode erwarten Handwerk, Handel, mittelständische Industrie, Freie Berufe und Leitende Angestellte nunmehr konkrete Handlungen.

1. Steuerreform

Die Mittelstandsvereinigung unterstützt die Absicht der Bundesregierung zu einer erneuten Senkung der Abgabenlast für alle Bürger im Rahmen der Einkommensteuer durch erhöhte Grundfreibeträge, eine Verlängerung der Proportionalzone und einen verminderten Anstieg der Einkommenbesteuerung in der Progressionszone. Eine Absenkung des Spitzensteuersatzes hat keine Priorität — insbesondere solange nicht, wie vordringlichere Themen der Steuerpolitik nicht zufriedenstellend gelöst sind.

Die Steuerreform muß auch die langjährige Benachteiligung der Selbständigen bei

den Vorsorgeaufwendungen endlich korrigieren. Bei der steuerlichen Berücksichtigung der Vorsorgeaufwendungen ist schrittweise eine Gleichstellung der Selbständigen mit Arbeitnehmern anzustreben.

Diese Vorhaben reichen jedoch nicht aus, um das zentrale Problem des Mittelstandes zu lösen: den Mangel an ausreichender Eigenkapitalausstattung. Die Eigenkapitalquote ist im Mittelstand inzwischen auf durchschnittlich nur noch 10 % abgesunken. Dem Mittelstand geht es vorrangig um wirkungsvolle Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalkraft. Entscheidend ist eine steuerliche Entlastung beim nicht entnommenen Gewinn auch bei Personengesellschaften (z. B. § 10 a EKStG, steuerstundende Investitionsrücklage).

Auch bei der Gewerbesteuer ergibt sich Handlungsbedarf durch die EG-Steuerharmonisierung. In Teilen der mittelständischen Wirtschaft ist die Gewerbesteuer besonders wegen ihres ertragsunabhängigen Teils eine bedrückende Belastung. Steuererhöhungen zur Kompensation der Steuersenkungsmaßnahmen führen beim Mittelstand im Gegensatz zur Großwirtschaft erneut zu fühlbaren Einschränkungen der Ertragskraft.

2. Wettbewerbspolitik

Angesichts der anhaltenden und in vielen Bereichen existenzbedrohenden Konzentrationsentwicklung im Einzelhandel muß eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erfolgen (Verbesserung des Diskriminierungs-

verbotes, Abwehr wettbewerbswidriger Behinderungspraktiken und Verschärfung der Fusionskontrolle).

3. Lohnnebenkosten

Steuerentlastungen nützen auch wenig, wenn sie von einem weiteren Anstieg der Lohnnebenkosten auf Grund höherer Sozialversicherungsabgaben kompensiert werden. Die Lohnnebenkosten haben inzwischen eine Höhe von über 80 % der Tariflohnkosten erreicht und werden somit beim Mittelstand insbesondere auch immer mehr zu einem Hemmnis bei der Bereitstellung von neuen Arbeitsplätzen, die in Zukunft in erster Linie aus dem Mittelstand erwartet werden können. Die allseits beklagte Schattenwirtschaft ist eine unmittelbare Folge dieser Entwicklung. Deswegen kommt es bei der notwendigen Reform der Rentenversicherung und der Krankenversicherung entscheidend darauf an, die Beitragssätze stabil zu halten.

Leitlinien für den Mittelstand bei der Reform des Gesundheitswesens sind:

- stärkere Ausrichtung der Gesundheitspolitik in Richtung Prävention und Abkehr von der bisher hauptsächlich betriebenen Rehabilitationspolitik,

- Verbindung des zu erwartenden Wachstums im dienstleistungsintensiven Gesundheitssektor mit stabilen und in der Höhe zumutbaren Beitragssätzen zur gesetzlichen Krankenversicherung,

- stärkere Differenzierung und Flexibilisierung der Tarif- und Leistungsgestaltung,

- mehr marktwirtschaftliche Orientierung durch mehr Wettbewerb, der auch die gesetzlichen Krankenkassen und die Krankenhäuser mit einbezieht,

- Stärkung der Selbstverwaltung,

- besserer Ausgleich der Krankheitskosten der Rentner.

4. Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen

Der Mittelstand erkennt die Bemühungen der Bundesregierung zur Privatisierung von Bundesunternehmen an. Hinzukommen muß die Privatisierung von unternehmerischer Tätigkeit in Eigenregie von Kommunen und staatlichen Einrichtungen sowie die Privatisierung von Dienstleistungen, die nachweislich von Freien Berufen qualitativ mindestens ebenso gut und dabei kostengünstiger erbracht werden können.

5. Leitende Angestellte

Den Leitenden Angestellten kommt ordnungspolitisch eine wichtige Rolle zu. Sie darf durch die Rechtsprechung nicht ausgehöhlt werden. Eine gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte ist erforderlich.

NGG-Chef Döding ist zur Zusammenarbeit bereit

Die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit der zukünftigen Bundesregierung hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten (NGG), Günter Döding, erklärt. Auf der Geschäftsführerkonferenz seiner Organisation in Hamburg betonte er jedoch zugleich, die Art und der Erfolg der Zusammenarbeit seien in entscheidendem Maße davon abhängig, wie die Regierungsparteien es mit den Arbeitnehmern hielten.

Zur Lösung der großen gemeinschaftlichen Aufgaben Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, Alterssicherung und Frieden bedürfe es einer gemeinsamen Kraftanstrengung, sagte Döding, der zu einer „Bündelung aller nationalen Kräfte“ aufrief.

Eichholz: Auch 1987 mit Volldampf weiter

Die Zahl derjenigen, die 1986 an Bildungsmaßnahmen des Instituts für politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Eichholz teilnahmen, ist imponierend. 1986 hielten sich über zehntausend Gäste in dem zwischen Köln und Bonn gelegenen Tagungshaus auf. Die Zahl wird als Ergebnis ebenso informierender wie abwechslungsreicher und attraktiver Seminare, Fachtagungen und Kolloquien gesehen. Maxime für die Arbeit des Instituts ist, „politisch Interessierte mit namhaften Referenten ins Gespräch zu bringen“. Eichholz bietet hierfür hervorragende Voraussetzungen. 1987 wird es sich nicht anders verhalten. Die Bildungsarbeit geht weiter, ein anspruchsvolles Programm für die erste Jahreshälfte ist veröffentlicht. Besondere Aufmerksamkeit ist wieder den aktuellen politischen Themen gewidmet. Deutsche Geschichte, Kultur in der DDR, die Bevölkerungsentwicklung in den Industriegesellschaften, die Zukunft unserer Energieversorgung, Südafrika und Nicaragua als Brennpunkte der Weltpolitik sind Stichwörter dafür. Für alle, die sich für grundsätzliche und

aktuelle politische Fragestellungen interessieren, ist dieses Programm eine Fundgrube. Jeder kann es sich zuschicken lassen. Die Bezugsadresse:

**Konrad-Adenauer-Stiftung,
Institut für politische Bildung,
Schloß Eichholz,
Postfach 13 31, 5047 Wesseling.**

Seiters: Gegen einen „grünen“ Vizepräsidenten

Nach dem Abschneiden der Grünen bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 taucht immer wieder die Forderung der Grünen nach dem Posten eines weiteren Ausschußvorsitzenden oder eines Vizepräsidenten des Parlaments auf.

Hierzu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Rudolf Seiters**: Entscheidend für die Stärkeverhältnisse der Fraktionen in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages ist das Wahlergebnis. Die Berechnungsverfahren werden nicht geändert. Nach diesen Verfahren steht den Grünen ein zweiter Ausschußvorsitz zu. Einen Anspruch auf ein Vizepräsidentenamt haben sie nicht.

Die Berliner Abgeordneten

Wegen eines Übermittlungsfehlers stimmte in der Dokumentation des UID 4/87 die Liste der vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählten Abgeordneten nicht.

Die Liste muß lauten:

CDU

**Berger, Lieselotte
Buschbom, Helmut
Feilcke, Jochen
Kalisch, Joachim
Kittelmann, Peter
Lorenz, Peter
Lummer, Heinrich
Neuling, Christian**

**Pfennig, Gero
Schulze, Gerhard
Straßmeir, Günter**

SPD

**Vogel, Dr. Hans-Jochen
Mitzscherling, Dr. Peter
Heimann, Prof. Gerhard
Egert, Jürgen
Luuk, Dagmar**

**Wartenberg, Gerd
Stobbe, Dietrich**

FDP

**Hoppe, Hans-Günter
Lueder, Wolfgang**

AL

**Olmf, Ellen
Sellin, Peter**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

ZITAT

Raus rascher Sinneswandel

Rau hat während des Wahlkampfes lang und breit und mit plausiblen Argumenten dargelegt, warum eine Koalition mit den Grünen für ihn nicht in Frage kommt. Einen Monat vor dem Wahltag sagte er kategorisch: „In entscheidenden Fragen der Bundespolitik sind die Grünen nicht reformfähig und nicht vertragsfähig.“ Und zur Verdeutlichung fügte er hinzu, daß ein Bündnis mit den Grünen nicht möglich sei, liege „nicht in der Person oder der Sperrigkeit des Kandidaten, sondern in der Unvereinbarkeit der Programme“.

Das hörte sich aus seinem Munde sehr glaubhaft an. Kaum eine Woche nach seiner Niederlage schlägt der Ex-Kandidat andere Töne an. Alle Parteien müßten untereinander koalitionsfähig sein, das gelte auch für die Grünen. Seine Absage an sie will Rau nun nicht mehr prinzipiell verstanden wissen, sondern auf 1987 beschränkt.

Ist dies der Tribut des Verlierers an die sich abzeichnende Mehrheit der Partei, die sich nicht sonderlich um die Unvereinbarkeit von Programmen schert, wenn die Machtfrage sich stellt? Mit seinem Kotau bestätigt Rau die Grünen, die lange vor dem 25. Januar höhnten, seine Kandidatur werde eine Episode bleiben. Er bestätigt aber auch jene, die ihn von Anfang an für einen Politiker mit zuwenig Mark in den Knochen hielten.

Nach Raus raschem Sinneswandel tut man gut daran, sich von sozialdemokratischen Wortfassaden nicht mehr den Blick für sozialdemokratische Absichten verstellen zu lassen. Auch Ministerpräsident Börner schloß im November 1985 eine rot-grüne Lösung für Bonn im Brustton der Überzeugung aus: „Denn in der Außen- und Verteidigungspolitik, auch in der Wirtschaftspolitik gibt es große Gegensätze, die nach meiner Meinung nicht auflösbar sind.“

Es wäre vermessen, anzunehmen, daß sie ein Hinderungsgrund für Börner sein könnten, das hessische Modell auch für den Bund zu empfehlen.

(Frankfurter Neue Presse, 31. Januar 1987)

UID

5/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.